

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. s. d. d., fl. 1. 50. s. d. d.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die Polizei-Censur
hat die vorige Nummer nicht passiren lassen. Dieselbe wird gleichzeitig mit der heutigen in erneuter Auflage ausgegeben.

Der Verfassungsschein und der Verfassungsbruch in Preussen.

Was ist Schein im politischen Sinne — in Sachen des staatlichen Lebens?

Die Thatsache, daß eine Staatseinrichtung nur der äußeren Form, nicht dem inneren Wesen nach besteht.

Herr v. Bernuth hat gestern unser Blatt confiscirt, und zwar, wie höchst wahrscheinlich ist, weil wir Preußen einen absolutistischen Staat nannten und es lächerlich fanden, wenn jemand sich einbilde, Preußen sei ein Verfassungsstaat.

Da Herr v. Bernuth — bekanntlich eine Hauptstütze des jetzt in Preußen herrschenden Systems — an dieser Behauptung Anstoß genommen zu haben scheint, so beizien wir uns, dieselbe zu beweisen.

Wenn wir sagen: Preußen ist ein absolutistischer Staat, so kann dies offenbar nicht die Bedeutung haben: ein der äußeren Form nach absolutistischer. Denn daß der Form nach eine Verfassung vorhanden ist, weiß jedermann.

Was nun aber heißt Absolutismus? Nichts anderes, als daß in einem bestimmten Staate die Regierung lediglich von dem Willen des Staatsoberhauptes abhängt.

Wann allein aber ist dies der Fall? Dann nur, wenn die inneren Machtverhältnisse so beschaffen sind, daß auf regelmäßige Weise ein wirksamer Widerstand gegen den Willen des Staatsoberhauptes nicht möglich ist.

Wer aber hat in Preußen die Armee, die Beamtenchaft, kurz sämtliche organisirte Machtmittel des Staates in der Hand?

Lediglich der König.

Wann nun besteht eine Verfassung nicht nur der Form, sondern auch dem Wesen nach? Dann, wenn jedem der durch die Verfassung zur Mitwirkung am Staatsleben berufenen Factoren irgendwie so viel Macht zugetheilt ist, als er nöthigenfalls zur Erzwingung seiner Rechte braucht.

Da nun in Preußen der König allein alle Macht hat, ein wirkliches Verfassungsleben aber voraussetzen würde, daß auch andere Elemente regelmäßige Machtmittel in der Hand hätten, so ist klar, daß, so lange der König in Preußen alle regelmäßigen Machtmittel für sich allein hat, eine Verfassung zwar der Form, nicht aber dem Wesen nach bestehen kann.

Die Servilität spricht in Preußen von „persönlichem Regiment“ — das ist nicht unsere Sprechweise, aber wir erkennen an, daß der Ausdruck

nicht unzutreffend ist. „Persönliches Regiment!“ Ja, das ist es!

Hier könnten wir abbrechen. Politiker werden ja ohnehin nicht läugnen, daß die Verfassung in Preußen von jeher nur auf dem Papiere stand d. h. nicht durch äußere Machtmittel dem Volke gewährleistet war.

Aber noch ein anderer Punkt ist von Wichtigkeit: Früher ist die Verfassung leidlich gehalten worden — jetzt ist sie offen gebrochen.

Eine der wichtigsten Bestimmungen derselben geht dahin, daß das Jahresbudget durch ein Gesetz zu regeln sei. Seit Jahren ist dies nicht geschehen, und das neueste Budget ist, in offenem Widerspruch mit der Verfassung, durch einseitigen königlichen Erlass verfaßt worden.

Hier liegt der Verfassungsbruch so klar, so unverhüllt am Tage, daß jedes weitere Wort lächerlich wäre.

Wer nun diesen Verfassungsbruch auf dem Gewissen hat, dies geht uns wenig an. Bekanntlich behaupten die Feudalen, die Fortschrittspartei sei daran schuld, indem sie in Folge einer falschen Auslegung der betreffenden Verfassungsbestimmung ein Budgetgesetz unmöglich gemacht habe — Andere behaupten Anderes.

Uns kann, wer die Verfassung gebrochen hat, darum gänzlich gleichgültig sein, weil uns das verletzte Object selbst blutwenig interessiert, ferner aber auch darum, weil wir für keinen der streitenden Theile eine große Begeisterung empfinden. Uns genügt für unsern Zweck die Thatsache, daß ein Verfassungsbruch objectiv vorhanden ist.

Wir wissen wohl, daß wir hier den empfindlichsten Punkt, den wunden Fleck im preussischen Staatsleben berührt haben; daran aber liegt uns wenig; wir rufen es laut in die Welt hinaus: die preussische Verfassung ist gebrochen.

Viele conservative Politiker fühlen sehr gut, was es heißt, wenn im Jahre 1865 mitten in Europa ein Staat ohne Verfassung ist; gerne daher möchten diese Politiker den Schein wahren.

Eben darum rufen wir mit hellender Stimme dem Volke in Preußen zu: Laßt Euch nicht weismachen, daß Preußen ein Verfassungsstaat sei.

Die Stimmung des Volkes in Schleswig-Holstein.

Als Ergebnis einer vierwöchentlichen Rundreise in Schleswig-Holstein schreibt Gust. Rasch an die Wiener „Presse“:

„Die nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen und nach der Einnahme der Insel Alsen überall im Lande lebendigen Sympathien für Preußen sind vollständig geschwunden und stehen auf dem Punkte, in bitteren Haß umzuschlagen, falls die preussische Regierung mit ihren politischen Maßregelungen

und mit ihren Annexions-Versuchen noch weiter fortfährt. Die sogenannten Nationalen*), deren Programm die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen ist, bestehen aus höchstens 80 Männern, welche vollkommen isolirt stehen, ohne jeden Einfluß auf die Bevölkerung sind, und jetzt ungefähr ebenso gehaßt werden, wie früher die Werkzeuge der dänischen Mißregierung. Ihre Zahl ist im Abnehmen begriffen, die Zahl der Abonnenten ihrer Blätter verringert sich täglich. Die Angler Zeitung hat noch 12 Abonnenten, die Abonnentenzahl der Norddeutschen Zeitung in Flensburg war im vorigen Quartal nach und nach von 2300 auf 749 gesunken, die „Schleswig'schen Nachrichten“ sind nur im Stande, sich als Anzeigblatt der Stadt Schleswig auf der Höhe von einigen hundert Abonnenten zu erhalten. Eine Einverleibungs-Partei für Preußen giebt es also in Schleswig-Holstein gar nicht; das ganze Land ist gegen die Annexion, weil man den Untergang der freibestehenden Selbstständigkeit, die Vernichtung der im Lande hochausgebildeten Selbstverwaltung, die — — — — — und die politische Maßregelung der — — — — — preussischen Regierung, die dreißigjährige Dienstzeit und alle momentan in Preußen herrschenden politischen Uebelstände mit Recht fürchtet. Trotz alledem habe ich aber eine sogenannte kleinstaatliche oder particularistische Richtung nirgends im Lande gefunden; überall ist man zu einem Anschluß an Preußen und Deutschland in allen maritimen und volkswirtschaftlichen Beziehungen, überhaupt zum Aufgeben der particularen Selbstständigkeit zu Gunsten einer kräftigen deutschen Centralgewalt bereit; man will sich nur nicht vergewaltigen lassen.“

„Eine sehr große Erbitterung hat die Reise des Prinzen Hohenlohe hervorgerufen, der nur mit Dänen verkehrte und sich die Beschwerden der Dänen über deutsche Beamte vortragen ließ; diese Erbitterung ist vergrößert worden durch die kürzlich versuchte und theilweise auch durchgeführte Absetzung beliebter Beamten und die Einsetzung früherer dänischer Werkzeuge. Die jetzt begonnenen Maßregelungen der schleswig-holsteinischen Vereine dienen nur dazu, dieser Erbitterung neue Nahrung zu geben. Auch die Sympathien für Oesterreich sind seit dem Verkauf von Lauenburg sehr geschwunden. Man sieht nun ein, daß man sich nur auf sich selbst verlassen muß. Ganz unwahr sind die Berichte annexionistischer Blätter, welche von Apathe, von Mattigkeit, von Ergebung in das Unvermeidliche in Schleswig reden. Ich habe im Gegentheil von der Königsau bis zur Eider, in Nordschleswig, in Friesland, in Angeln, in Eiderstedt, im Dithmarschen, in den Städten sowohl, wie auf dem Lande, den festen Willen gefunden, sich nicht verge-

*) Gegen diesen Scandal, die Werkzeuge der Bismarck'schen Politik „nationale Partei“ zu nennen, muß doch endlich einmal nachdrücklich protestirt werden. Deutsch-national genant ist einer desto mehr, je mehr er der preussischen Regierung Opposition macht.

waltigen zu lassen, und diesen Willen mit Fähigkeit und Consequenz durchzusetzen. Selbst die Bauern in den Marschen, welche im Kampfe gegen dänische Maßregelungen ziemlich gleichgültig geblieben sind, werden Alles daran setzen, sich gegen preussische Incorporations-Versuche zu wehren. Mit ihrer kürzlich im Lande eingeschlagenen Politik, mit der Beförderung materieller Interessen wird die preussische Regierung eben nicht weiter kommen, wie mit politischen Maßregelungen. Wer die Lebensgeschichte Schleswig-Holsteins seit den letzten fünfzehn Jahren kennt, weiß, daß die Dänen dieselben Mittel ebenfalls und ganz erfolglos versucht haben. Die schleswig'sche Bevölkerung ist nicht allein kampfbereit, sie ist, im Vertrauen auf ihre Fähigkeit, auch siegesbewußt und zum äußersten Ausharren bereit."

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 24. Oct. [Das lähne Auftreten der großmächtlichen Regierungen gegen das kleine Frankfurt], dieser selben Regierungen, welche die groben und beleidigenden Noten Frankreichs und Englands in aller Stille und Ruhe über sich ergehen zu lassen für gut befanden, erregt in ganz Europa, insbesondere in ganz Deutschland das verdiente Aufsehen. Die Reaction hat einen hohen Grad erreicht, aber nur Gebuld — es werden Zeiten kommen, wo wieder frische Luft durch Europa weht und Mandem, der jetzt gar übermüthig ist, vor Angst die Beine schlattern werden.

Wie fest und unverhüllt die Reaction auftritt, beweist u. A. nachstehende, von der „Nord. Allg. Ztg.“ abgedruckte Meinungsäußerung des Wiener feudalen „Vaterlandes“ in Betreff des Abgeordnetentages:

„Endlich schieben beide Großmächte einig in dem Gedanken, daß dieser Wirthschaft ein Ende gemacht werden müsse. Umöglich können sie es sich gefallen lassen, daß Schreiber und Schwäger ohne Mandat, ohne corvatives Recht, unter den Flügeln des Reichsadlers in der Bundesstadt zusammenkommen, und das eigenste Werk Kaiser Franz Josephs und König Wilhelms in nichtswürdiger Art kritisiren, verurtheilen und dem Volke als eine böse That denunciren: ummöglich können sie dulden, daß jene Schreiber und Schwäger das ihnen vom Frankfurter Senate gebotene Gastrecht dazu mißbrauchen, um eine förmliche Steuerverweigerung durch alle Lande anzuschreiben.“

Hier wird also ausdrücklich erklärt, daß der Gasteiner Vertrag das „eigenste Werk“ des österreichischen Kaisers und des preussischen Königs ist. Für uns nicht nöthig — für Andere sehr lehrreich!

Aus Frankfurt a. M., 23. d., wird berichtet: In der von dem Senat am 21. October auf die Interpellation des gesetzgebenden Körpers ertheilten Antwort bedauert derselbe, daß er bei dem augenblicklichen Stande der Verhandlungen nicht in der Lage sei, die gewünschte Auskunft vollständig ertheilen zu können. Der Senat muß sich für heute auf die Mittheilung beschränken, daß er von zwei Noten Kenntniß erhalten habe, welche nicht an ihn, sondern an die hiesigen Vertreter der Absender gerichtet sind, daß der Inhalt der Noten allerdings zu ersten Betrachtungen Anlaß gebe, daß der Senat aber für die Unabhängigkeit hiesiger Stadt mit allen Kräften einzutreten nicht Anstand nehmen werde. Sollte es der weitere Verlauf der Sache gestatten, so werde der Senat weitere Mittheilungen machen.

Die Haltung des Frankfurter Senats findet allgemeine Anerkennung.

Die Wiener „Presse“ hört, daß gegen den österreichischen Abgeordneten Prinz wegen dessen Theilnahme am Abgeordnetentage eine Untersuchung eingeleitet sei. Nur zu! Ganz was wir brauchen in Deutschland. Bald gegen die Bürger, bald gegen die Arbeiter — kurz gegen das das gesammte Volk — nur zu!

Das „Frankf. Journal“ schreibt:

„Um das früheste Verfahren der Großmächte gegen unseren Senat recht würdigen zu können, theilen wir nachstehend — wenn auch mit aller Reserve — eine Entbüllung mit, die uns von unserem 8^{ten} Mitarbeiter zukommt, der dieselbe aus besonders guter Quelle erhalten

haben will. Er schreibt uns nämlich, der Senat habe i. J. sowohl dem National- wie dem Reformverein das Domicil in Frankfurt verweigert, obgleich er (der Senat) von Preußen auf diplomatischem Wege angegangen worden sei, es dem Nationalverein zu gestatten und auch Oesterreich dieselbe Intervention später für den Reformverein vermindert habe. Unser Mitarbeiter fügt hieran folgende Bemerkung: „Diese diplomatische Verwendung für die beiden Vereine hatte der Senat gewiß im Gedächtnisse, wenn er beiden Vereinen die Abhaltung von Generalversammlungen ohne Anstand gestattete. Man steht hieraus, daß das Ansehen der beiden Mächte an den Senat auch nicht im Geringsten gerechtfertigt ist, und wenn die Mächte jetzt von einem „Herde der Agitation“ in Frankfurt sprechen — dann haben sie gewiß vergessen, daß sie selbst es waren, welche zwei politischen Vereinen nicht bloß die Gastfreundschaft, sondern gerade das Heimathrecht in der freien Stadt zugewendet haben wollten.“

Selbst die „Nat. Ztg.“ schreibt: Der Unterschied besteht nur darin, daß Oesterreich in seinem konservativen Instinkt einfach zu dem System deutscher Generalpolizei zurückgreifen will, wie es von 1815 bis 1848 geübt wurde; Preußen und Preußen verständigen sich über die zu ergreifenden Maßregeln, und der Bundestag drückt dann sein Siegel darauf. Den deutschen Regierungen wird die gemeinsame Gefahr vorgeführt, und sie beeilen sich die Verantwortlichkeit mit auf den Rücken zu nehmen, der dadurch an Breite gewinnt, indem sie zugleich ihren Dank für „die Rücksicht auf den Bund“ aussprechen, die ihnen gestattet, überhaupt noch mitzusprechen. So scheint man sich die Sache in Wien zu denken, und man hat ohne Zweifel das Nöthige dazu beigetragen, um in einigen deutschen Staaten, die einen schwachen liberalisirenden Anlauf nahmen, die rückläufige Strömung einzuleiten, und so das Ergebnis der Abstimmungen am Bundestage zu sichern. — Die preussische Regierung dagegen in ihrem Fortschrittsstreben, dem die abgemühten Bebel der Metternich'schen Restaurationperiode nicht mehr genügen, will den Bundestag ganz bei Seite schieben und ihn selbst seiner politischen Autorität, der einzigen, die er je befehlt, entkleiden, Preußen und Oesterreich sollen kurzweg die Sorge für Ruhe und Ordnung in ganz Deutschland übernehmen, und auf eigene Hand einschreiten, wo man ihren Forderungen nicht nachkommt. Das bisherige komplizierte Räderwerk soll, den modernen Anforderungen entsprechend, durch den rascher und schärfer wirkenden Mechanismus einer nur zweiföpfigen Centralgewalt ersetzt werden. General v. Manteuffel hat in Kiel die neuen Bundesfarben und die Zwecke, für welche sie entfaltet werden sollen, ja bereits bezeichnet.

[Zu den beabsichtigten Beschlüssen der preussischen Particularisten], der Berliner Nationalvereiner, schreibt die „Berl. Ref.“: „Damit tritt also die Annexion in einem neuen Gewande, in dem Krönungsmantel des deutschen Reiches, wie es in der Paulskirche 1848—49 beschlossen worden ist, vor uns hin! Und dagegen protestiren wir.“

Wir halten nichts von dem Reliquendienst, der mit der Reichsverfassung von 1849 noch getrieben wird und der ja auch in der ersten Resolution noch spukt. Sie ist das Werk trauriger Compromisse gewesen, an denen die Parteien selbst zersplitterten, und sie wird, wenn je ein Tag gesamtdeutscher Wiedererhebung aufleuchtet, eben so ehrwürdig und eben so kraftlos ihre Stimme erheben, wie einst in den Maintagen 1848 das „alte ehrliche, deutsche Wort“, der Vater Arndt auf der Tribüne der Paulskirche. Täuschen wir uns nicht über eine deutsche Einheit, die wenigstens auf dem Papiere oder Pergamente schon da wäre, aber täuschen wir noch weniger durch dieselbe!

Die Centralgewalt, welche einst hergestellt werden sollte, hatte ihr ganzes, ihr alleiniges Fundament, stützlich wie politisch, nur in den Grundrechten und der auf diese gebauten Verfassung. Sie hat niemals geruht auf dem rohen Machtverhältnisse, ihre Krone ist niemals dem Einen oder Andern zugebacht oder angeboten worden nur darum, weil dieser ja ohnehin eine Pflicht des Schutzes zu Wasser und zu Lande übernehmen könne oder müsse. Das wäre freilich eine von dem Schlamm der Revolution, wie es 1849 in einem Briefe an Arndt hieß, recht gründlich gereinigte Krone, das wäre der unverhüllteste Machthabers, der nicht einmal die Grenzen der Nationalität achten würde. Auf Grund der Grundrechte nur ist heute, wie damals, der Anspruch zu erheben auf die Rechte einer Centralgewalt, und wie sieht's mit dieser Vorbedingung heut zu Tage in Preußen aus?

Die „Rhein. Ztg.“ schreibt hierüber: Man sieht, es ist das der alte, unverrückbare Standpunkt, welchen die Berliner Nationalvereinsmitglieder schon im vorigen Jahre betreten, ehe die Hauptversammlung in Eisenach gehalten wurde. Hr. v. Bismarck wird mit diesen Resolutionen zufrieden sein, sie gestehen seiner Politik Alles zu, was er nur wünschen kann. Im Namen eines künftigen Reichsparlaments, zu welchem es noch an allen Voraussetzungen fehlt und dessen eifrig-

ster Gegner der heute leitende Staatsmann in Preußen und seine Partei ist, im Namen eines künftigen liberalen Preußens, das erst „gleich“ gemacht werden soll, seine nationale Aufgabe zu erfüllen — wird dem deutschen Volke die Gewalt der historischen Thatfachen und der dadurch festgestellte Beruf Preußens zur Anerkennung vorgelegt. Die historischen Thatfachen beweisen ein reactionäres Preußen, das seinen Beruf vollständig erfüllt, indem es im Bunde mit Oesterreich in Deutschland alle Bestrebungen bekämpft, die zu einem deutschen Bundesstaate hinführen können. Die Anerkennung dieses Berufes bedingt die Anerkennung der Bismarck'schen Politik, wie sie in Schleswig-Holstein getrieben wird, und wie sie sich jetzt gegen die deutschen Kleinstaaten in dem Beispiele Frankfurts geltend macht. Daß es wirklich so gemeint sei, beweist die dritte Resolution, in welcher das gegenwärtige Preußen den Schleswig-Holsteinern als die provisorische deutsche Centralgewalt — in Erwartung der definitiven — vorge stellt und auf diese Präsumtion hin der Anspruch an sie gerichtet wird, dieser fingirten Centralgewalt die Rechte der wirklichen zu übertragen. Mit solchen Fiktionen kann man der Welt beweisen, daß Louis Napoleon der erste Republikaner seiner Zeit ist, denn es gibt doch noch Leute in Frankreich, welche an die Zukunft der französischen Republik glauben. Uns scheint, daß der Nationalverein, wenn er diese Resolutionen annimmt, für die Gegenwart seine Thätigkeit beschließen hat. Sich Herrn v. Bismarck gegenüber als loyale Oppositionspartei zu constituiren und mit ihm als dem Premier-Minister der provisorischen deutschen Einheit zu unterhandeln, scheint uns eine Aufgabe zu sein, die der Nationalverein billig den Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses überlassen kann, welche sich auf diese Rolle schon vollständig vorbereitet haben.

* Wien, 22. Oct. [Demokratisch-socialistische]. Zur ungarischen Wahlbewegung bringt die „N. Fr. Pr.“ nachstehendes Telegramm: Pesth, 22. Oct. Die Bahrede des Dr. Schwarz machte durch ihren demokratischen Charakter und ihre socialistische Färbung ein außerordentliches Aufsehen. Das Thalia-Theater, in welchem er seine Candidatentrede hielt, wiederholte von dem ungetheilten Beifall der vorerwarteten 1000 Anwesenden. 12—15,000 Menschen haben ihn unter lebhaftesten Demonstrationen in das Hotel begleitet. Alle andern Wahlversammlungen verliefen ohne Bedeutung.

— 23. Okt. [Neuestes.] Die „Gen. Corr.“ behauptet, es sei unwar, daß den holländischen Kassen Gelder zu Gunsten Oesterreichs entnommen werden. Es ist bezeichnend, daß man sich gegen solche Anschuldigungen zu vertheidigen hat.

München, 21. Oct. [Der erwartete Ministerwechsel] ist nicht erfolgt. Man versichert in gut unterrichteten Kreisen, der König habe Aenderungen abgelehnt.

Ausland.

* Paris, 22. Oct. [Tagesbericht.] Während aus Rom eine entmutigende Nachricht nach der anderen für die legitimistischen Kreise eintrifft, stellt es sich immer deutlicher heraus, daß in Frankreich eine Coalition zwischen sämmtlichen clericalen Fractionen und alten Parteien zu einem Kreuzzuge gegen die jetzige Dynastie zu Stande gekommen ist und daß die Unia Cattolica sehr gut wußte, was sie that, als sie das furiose Manifest gegen die Bonaparte schiederte. Sämmtliche Führer der Schattirungen der Opposition, Legitimisten, Orleansisten, Fusionisten und Republikaner, haben so weit sie den Ultramontanismus als einen starken Helfer für ihre Pläne betrachten, sich bei Lamoricière's Leichenfeier ein Stelldichein gegeben, um dem Lande zu zeigen, daß sie schlagfertig dastehen. — Es verdient bemerkt zu werden, daß der Rouvier Universal, natürlich unter Berufung auf mexicanische Berichte der Epoca, die Sache des Präsidenten Juarez als rettungslos verloren hinstellt und „die allgemein geltende Ueberzeugung“ hinzusetzt, daß das washingtoner Cabinet den Kaiser Max anerkennen und dessen Gesandten empfangen werde.“ Wir kennen das; es gehört in das Kapitel von der „Bernichtung“ der Republikaner. Nimmermehr wird die civilisirte Welt den Scandal erleben, daß auf republikanischem Boden das monarchische Princip Wurzel zu fassen vermag. — Was die „Reformen“ betrifft, ist es jetzt endlich still geworden. Die Regierung läßt es sich anlegen sein, ihren Organen in immer weiterem Kreise Eingang zu verschaffen. So hört man beispielsweise, daß der gesammten